

A Einleitung

A 1 Bildungsberichterstattung auf nationaler und internationaler Ebene

Im Kontext der Sicherung der Qualität des Bildungswesens und dessen Weiterentwicklung besteht im In- und Ausland Konsens über die Notwendigkeit einer systematisch angelegten Bildungsberichterstattung. Damit soll eine Grundlage dafür gelegt werden, wie es dem Bildungswesen als einem komplexen institutionellen Gefüge gelingt, die ihm auferlegten gesellschaftlichen Anforderungen zu erfüllen. Zudem kann gegebenenfalls verdeutlicht werden, in welchen Bereichen Veränderungsbedarf bzw. Gestaltungsspielraum gegeben ist. Im Zentrum der Bildungsberichterstattung stehen dabei Indikatoren – statistische Kennziffern wie beispielsweise Bildungsstand der Bevölkerung, Klassengrößen, Übergänge, Abschlüsse –, die in der Regel Vergleiche auf nationaler und internationaler Ebene mit entsprechenden Schlussfolgerungen zulassen.

Eine regelmäßige Bildungsberichterstattung erfolgt bereits seit einigen Jahren zum einen von supranationalen Einrichtungen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (UN). Zum anderen veröffentlichen Einzelstaaten nationale Bildungsberichte, die zentrale Entwicklungen im Bildungsbereich sowohl unter quantitativen wie qualitativen Aspekten analysieren und darstellen. In jüngster Zeit baut sich außerdem innerhalb der Länder der Bundesrepublik – aufgrund des föderalen Charakters und der damit verbundenen Zuständigkeit für den Bildungsbereich – eine Länderberichterstattung auf. Gefördert wird dies durch pädagogische Entwicklungen, die allen Ländern gemeinsam sind, wie höhere Gestaltungs- und Handlungsfreiheiten der Einzelschulen und der damit verbundenen Notwendigkeit der Rechenschaftslegung. Zu unterscheiden sind derartige Bildungsberichte von Schulleistungsstudien wie PISA und IGLU, die der Frage nachgehen, über welche Kompetenzen Schüler eines bestimmten Alters oder Jahrgangs in ausgewählten Fächern verfügen.

Bildungsberichte supranationaler Organisationen

Bei ihren Bemühungen um eine effektive Bildungspolitik, die die sozialen und wirtschaftlichen Aussichten des Einzelnen verbessert, Anreize

für eine größere Effizienz bei der Bildungsvermittlung bietet und dazu beiträgt, Ressourcen zur Bewältigung der steigenden Bildungsnachfrage verfügbar zu machen, lenkten die Regierungen der 30 OECD-Mitgliedsstaaten in den 1980er-Jahren ihre Aufmerksamkeit in verstärktem Maße auf vergleichende internationale Analysen bildungspolitischer Maßnahmen.



Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit sowohl innerhalb der OECD als auch in anderen internationalen Zusammenschlüssen strebten die Länder an, voneinander zu lernen, wie die Vorteile von Bildung für alle sichergestellt werden können, wie man am besten die für eine Wissensgesellschaft notwendigen Kompetenzen fördern kann und wie Lehren und Lernen zu gestalten sind. Dieser Fokus hat zu umfangreichen Bemühungen seitens der OECD geführt, eine Erfassung und Darstellung vergleichender Statistiken und Indikatoren im Bereich der Bildung zu verwirklichen und mündete in die Studie „Bildung auf einen Blick“ („Education at a Glance“), die erstmals im Jahre 1992 erschien. Seit diesem Datum wird die Studie jährlich erstellt und in der Regel im September eines Jahres publiziert. Das deutsche Bildungswesen ist jeweils umfassend repräsentiert, der föderale Charakter des Bildungssystems wird allerdings bei der Interpretation der Daten nicht berücksichtigt. So lassen sich in der Regel keine bundesländerspezifischen Aussagen ableiten.

Den Kern der Studie bilden sogenannte Bildungsindikatoren, die Informationen über eine Reihe von wichtigen Aspekten der Funktionsweise, Entwicklung und Auswirkungen von Bildung zur Verfügung stellen. Sie decken den gesamten Bereich von der frühen Kindheit über die formelle Bildung bis hin zu lebenslanger Fort- und Weiterbildung ab. Sie bieten jedem einzelnen Land die Möglichkeit, sein eigenes Bildungssystem im Licht der Leistungsfähigkeit anderer Länder zu betrachten und Stärken und Schwächen im internationalen Vergleich identifizieren zu können. Zusammen mit den länderspezifischen Untersuchungen und Analysen ist die Abbildung der Indikatoren darauf ausgelegt, die Regierungen in ihren Bemühungen um Reformen in der Bildungspolitik zu unterstützen.

Nationale Bildungsberichterstattung außerhalb Deutschlands

Bei einem internationalen Vergleich der Bildungsberichterstattung der einzelnen Staaten lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Formen ausmachen. Länder wie die USA, Kanada und Frankreich konzentrieren sich auf die Darstellung bildungsstatistischer Kennzahlen ähnlich dem OECD-Bericht. Die Bildungsberichte von Ländern wie den Niederlanden und England hingegen sind im Kontext mit der dort seit Jahren etablierten Schulinspektion zu sehen. Sie sind gleichermaßen eine Zusammenfassung von hunderten bzw. tausenden von Einzelberichten von Schulinspektionen und konzentrieren sich somit eher auf die Qualität von Schule und Unterricht. Durch die hohe Anzahl eingebundener Schulen sind damit auch tendenzielle Aussagen zu landesweiten Entwicklungen möglich.

Die Schweiz hat am 12. Dezember 2006 ihren ersten Bildungsbericht veröffentlicht, der im Auftrag des Bundes und der Kantone von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) erstellt wurde. Die 216 Seiten umfassende erste systematische Bestandsaufnahme des schweizerischen Bildungswesens analysiert die einzelnen Bildungsbereiche von der Vorschule bis zur Weiterbildung. Alle Bildungsstufen werden nach den drei Kriterien Effizienz, Effektivität und Equity (= Chancengleichheit) untersucht. Der Bericht versteht sich als Pilotversion für eine regelmäßige Bildungsberichterstattung im Zyklus von vier Jahren. Der nächste Bericht ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

Bildungsberichterstattung in Deutschland - Vom „Bericht 75“ zum ersten nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“

Der Deutsche Bildungsrat legte 1975 den „Bericht 75 – Entwicklungen im Bildungswesen“ vor, der als Vorläufer einer umfassenden Bildungsberichterstattung gesehen werden kann. Neben einem Sachstandsbericht unterbreitete er darüber hinaus Vorschläge zur Weiterentwicklung in verschiedenen Bereichen des Bildungswesens.

Vergleichbare Berichte hat es danach lange Zeit nicht mehr gegeben. Dafür entstanden in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig aktualisierte Dokumentationen wie die „Grund- und Strukturdaten“, die jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) herausgegeben werden. In diese Reihe zu stellen ist auch die von der Kultusministerkonferenz (KMK) herausgegebene Analyse „Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen“. Sie präsentiert eine ausgewählte Sammlung länderspezifischer kommentierter Schuldaten. In diesem Kontext sind noch der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung herausgegebene Bildungsfinanzbericht und der ebenfalls jährlich erscheinende Berufsbildungsbericht zu nennen.



Letzterer wird in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), der Bundesagentur für Arbeit, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellt. Ansätze zu einer Bildungsberichterstattung gibt es auch aus dem Wissenschaftsbereich. Exemplarisch sei hier die Publikation des Aktionsrats Bildung vom März 2007 erwähnt: „Bildungsgerechtigkeit – Jahresgutachten 2007“. Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hatte 2005 die Gründung des Aktionsrats Bildung unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dieter Lenzen (FU Berlin) initiiert, um Reformdruck auf

die politischen Entscheidungsträger auszuüben. Der Aktionsrat soll mit diesem Gutachten die Lage des deutschen Bildungssystems analysieren, das politische Vorgehen bewerten, Prognosen geben und Perspektiven im Bildungsbereich aufzeigen.

Seit der Veröffentlichung internationaler Schulleistungsstudien wie TIMSS, PISA oder der Grundschulstudie IGLU ab dem Ende der 1990er-Jahre steht das Bildungswesen wieder verstärkt im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dabei ist deutlich geworden, dass es über das deutsche Bildungswesen eine Vielzahl von Einzelinformationen gibt, eine systematische Gesamtschau jedoch fehlt. Vor diesem Hintergrund hat die Kultusministerkonferenz im Jahr 2002 beschlossen, künftig regelmäßig einen Bericht über wichtige Daten und Entwicklungen im deutschen Bildungswesen vorzulegen. Ein unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) beauftragtes Konsortium legte im September 2003 seine Ergebnisse unter dem Titel „Bildungsbericht für Deutschland, Erste Befunde“ vor.

Die vorläufig letzte große Veröffentlichung ist der am 2. Juni 2006 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz gemeinsam vorgelegte erste nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland“.



Der Bericht „Bildung in Deutschland“ gilt als erste umfassende empirische Bestandsaufnahme, die das deutsche Bildungswesen als Gesamtsystem beschreibt. Ein Schwerpunktkapitel widmet sich dabei dem Bereich Migration. Erarbeitet wurde der Bericht von einem Konsortium, dem das Deutsche Institut für Internationale Pädago-

gische Forschung (DIPF) – federführend –, das Deutsche Jugendinstitut (DJI), die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören. Der erste Band steht dabei am Anfang einer auf Dauer angelegten Berichterstattung, die in einem zweijährigen Zyklus Informationen zu den verschiedenen Bereichen und Aspekten des deutschen Bildungswesens liefern soll. Der zweite Band ist für Ende 2008 geplant. Schwerpunktthema wird dann der Bereich „Übergänge Schule-Berufsausbildung-Hochschule-Arbeitsmarkt“ sein.



Ebenfalls im Jahr 2006 erschien erstmals die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2006“. Dieser neue Bericht ist eine Ergänzung zur OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ und soll künftig zeitgleich mit der OECD-Studie erscheinen. Anlass, einen solchen zusätzlichen Bericht zu erstellen, war die Tatsache, dass die OECD-Studie – wie erwähnt – nur Deutschland als Ganzes in den Blick nimmt und sich daraus nicht ohne Weiteres länderspezifische Aussagen ableiten lassen. Die Zusatzstudie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wählt diejenigen Bildungsindikatoren der OECD-Studie aus, für die Länderdaten vorliegen. Es ist nun möglich, anhand dieser Bildungsindikatoren die 16 Bundesländer untereinander sowie im Verhältnis zum jeweiligen OECD-Schnitt zu vergleichen.

A 2 Konzeption der Bildungsberichterstattung für Baden-Württemberg

Das Bestreben, eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung auf nationaler Ebene zu etablieren, war auch für Baden-Württemberg Anlass, die landesinterne Berichterstattung auf eine neue Grundlage zu stellen. Am 14. Dezember 2004 hat der Landtag von Baden-Württemberg ein Gesetz zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung (LS) verabschiedet, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Zu dessen Aufgaben gehört die Darstellung von Ergebnissen, Daten und Informationen in einem regelmäßig erscheinenden Bildungsbericht, um zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung des Bildungswesens beizutragen. Insbesondere sollen mittelfristig die im Rahmen der Fremdevaluation erstellten Evaluationsberichte aufbereitet und systematisch ausgewertet werden. Durch eine große Schnittmenge gleicher Indikatoren – unter anderem Übergänge und Abschlüsse – ist die baden-württembergische Berichterstattung anschlussfähig zur nationalen Berichterstattung. Hinzu kommen in jeder Einzelpublikation Schwerpunktthemen, die breiter dargestellt werden.

Der erstmals vorgelegte Bildungsbericht 2007 versteht sich als Pilotversion einer regelmäßig angelegten Berichterstattung in einem dreijährigen Zyklus. Bei der Erstellung des Bildungsberichts arbeiten das Landesinstitut für Schulentwicklung und das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eng zusammen. Diese partnerschaftliche Kooperation soll ein fester Bestandteil und ein Kennzeichen auch der künftigen Bildungsberichterstattung sein.

Kennzeichen des Bildungsberichts 2007

Ein Bildungsbericht hat die Aufgabe, wichtige Informationen über das Bildungswesen in Form von Indikatoren verständlich darzustellen und zu erläutern. Damit soll für die politischen Entscheidungsträger, die am Bildungsprozess direkt Beteiligten und die interessierte Öffentlichkeit eine umfassende, neutrale, auf Fakten beruhende Grundlage für Diskussionen und Entscheidungen geschaffen werden. Dabei sind neben der Präsentation von Grunddaten zum baden-württembergischen Bildungswesen auch dessen Besonderheiten und aktuell in der öffentlichen Diskussion stehende Bereiche zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu einem Gutachten hat die Bildungsberichterstattung keine eigenen

Vorschläge zur Lösung von Problemen zu unterbreiten oder neue pädagogische Konzepte zu entwickeln.

Bildung umfasst zwar grundsätzlich alle Bereiche des Lebenslangen Lernens – von der vorschulischen Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung und zum Seniorenstudium. Der hier vorgelegte Bericht konzentriert sich aber entsprechend dem gesetzlichen Auftrag des Landesinstituts für Schulentwicklung auf den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Damit werden in erster Linie Informationen zum Bereich der vorschulischen Bildung in Kindertageseinrichtungen und der schulischen Bildung in allgemein bildenden und beruflichen Schulen vermittelt. Darüber hinaus enthält der Bericht einige grundlegende Angaben zur Bildungsbeteiligung und zum Bildungsstand der Bevölkerung sowie zur demografischen Entwicklung.

In der Ausgabe 2007 bildet der Erwerb allgemein bildender Abschlüsse an beruflichen Vollzeitschulen das Schwerpunktthema. In der o.g. Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2006“ erreicht Baden-Württemberg den höchsten Wert bei den vollzeitschulischen Bildungsgängen im beruflichen Bereich. Deutschlandweit besuchen 14 % der Schüler und Schülerinnen eines Jahrgangs diese Bildungsgänge, in Baden-Württemberg sind dies ca. 20 %. Entsprechend der Bedeutung dieses Bildungsbereichs im Land werden die einzelnen Bildungsgänge und die dazu vorhandenen Daten differenziert aufbereitet.

In die Berichterstattung werden auch aktuelle Forschungsergebnisse einbezogen. Im Jahre 2002 hat das Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in der sogenannten TOSCA-Studie anhand einer repräsentativen Stichprobe von 4 700 Abiturienten aus 90 allgemein bildenden und 59 beruflichen Gymnasien die Bildungserträge am Ende der Sekundarstufe II in den Fächern Mathematik und Englisch untersucht. Zum Design der Studie gehören weitere Erhebungen in den Jahren 2004 und 2006, die zusätzliche Erkenntnisse zu den Bildungsverläufen der Schüler geben. Solche langfristig angelegte Studien zu individuellen Bildungsverläufen sind in Deutschland noch vergleichsweise selten anzutreffen. In

einem eigenständigen Beitrag des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin werden das Forschungsdesign der TOSCA-Studie sowie neuere Auswertungen dargestellt. Auch für künftige Bildungsberichte sollen Beiträge aus dem Bereich der Bildungsforschung in die Bildungsberichterstattung des Landes Eingang finden.



Ein Bildungsbericht ist – von seiner Anlage her – in erster Linie eine Zusammenschau aus Analysen, Tabellen und Grafiken. Ein Ziel des baden-württembergischen Bildungsberichts ist es, nüchterne Zahlen, Tabellen und Grafiken durch konkrete Bezugsbeispiele lebendig und anschaulich zu machen. So folgt beispielsweise nach der Darstellung der verschiedenen Typen und Profile des beruflichen Gymnasiums ein konkretes Beispiel für eine dieser vielen unterschiedlichen Schulen – im speziellen Fall das eines biotechnologischen Gymnasiums. Solche „Fenster“ mit Hintergrundinformation bzw. Praxisbeispiel finden sich an verschiedenen Stellen des Berichts. Darüber hinaus werden zum Teil in einem Kasten am Ende einzelner Kapitel methodische Erläuterungen mit weiterführenden Informationen zum besseren Verständnis der Texte und Grafiken gegeben.

Die Berücksichtigung des Bereichs der schulischen Qualitätsentwicklung – unter anderem mit den Themenfeldern „Diagnose- und Vergleichsarbeiten“ und „Evaluation“ – verweist auf einen qualitätsorientierten Ansatz der Bildungsberichterstattung. Der Bereich Qualitätsentwicklung und Evaluation an Schulen wird in der Bildungsberichterstattung zunehmend größeren Raum ein-

nehmen, und zwar in dem Maße, wie die Fremdevaluation an den Schulen im Land stufenweise eingeführt wird. Der vorliegende Bildungsbericht kann hier lediglich eröffnend auf die schulrechtlichen und organisatorischen Grundlagen und die konzeptionellen Rahmenbedingungen eingehen und die ersten Ergebnisse aus der Praxisfeldphase und der Pilotphase zur Fremdevaluation zusammenfassen. Der nächste Bildungsbericht wird in diesem Bereich nach Auswertung der Ergebnisse der 2008 beginnenden Regelphase der Evaluation weitergehende Informationen bereitstellen können.

Indikatoren und Kennzahlen

Für eine strukturierte, durch Indikatoren geleitete Bildungsberichterstattung werden empirische Daten zu bestimmten Fragestellungen statistisch ausgewertet, um dadurch zu quantifizierten Wertmaßstäben zu gelangen. So kann beispielsweise die Frage nach dem Bildungsstand der Bevölkerung als Indikator für das in der Gesellschaft vorhandene Wissen gesehen werden. Diese Frage kann durch die prozentuale Angabe der höchsten erreichten Bildungsabschlüsse annähernd beantwortet werden.

Die für die Indikatoren und Kennzahlen verwendeten Daten stammen größtenteils aus laufenden Erhebungen und Sonderauswertungen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg. Hierbei handelt es sich um Ergebnisse aus der Schul-, Berufsbildungs- und der Bevölkerungsstatistik sowie der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Diese Statistiken sind Vollerhebungen. Datenbasis ist in der Regel das Schuljahr 2006/07. Darüber hinaus werden auch Ergebnisse des Mikrozensus 2005 und 2006 verwendet. Der Mikrozensus ist eine regelmäßige Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, bei der den Auskunftspflichtigen unter anderem Fragen zum Bildungsstand und zur Bildungsbeteiligung gestellt werden.

Die Auswertung der Daten kann grundsätzlich unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen:

- nach räumlichen Aspekten – Verdichtungsraum/ Ländlicher Raum,
- nach Verwaltungseinheiten – Kreis, Region, Land,

- geschlechtsbezogen – Mann/Frau, Schüler/Schülerin,
- altersbezogen – Jüngere/Ältere,
- nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

Im vorliegenden Bildungsbericht finden sich diese Aspekte in unterschiedlicher quantitativer Ausprägung und abhängig von der Relevanz und Verfügbarkeit bzw. Auswertbarkeit der Daten. Beispielhaft sei der Bereich der Verwaltungseinheiten näher erläutert: Kreisbezogene Angaben finden sich unter anderem bei den Übergängen von der Grundschule auf

die weiterführenden Schularten, das heißt für jeden der 35 Land- und neun Stadtkreise wird angegeben, wie viel Prozent der Schüler eines Jahrgangs auf die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium wechseln. Bei der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ erfolgt die Angabe der Prozentanteile für die zwölf Regionen des Landes, wie zum Beispiel Ostwürttemberg, Neckar-Alb, Südlicher Oberrhein. Die Frage, wie viele Grundschüler Englisch bzw. Französisch als erste Fremdsprache erlernen, wird mit Prozentwerten für ganz Baden-Württemberg angegeben.

A 3 Wichtige Ergebnisse im Überblick

Rahmenbedingungen und Grundstrukturen

Zahl der Kinder und Jugendlichen wird deutlich abnehmen; vor allem eher ländlich geprägte Kreise dürften die größten Verluste bei der Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren hinnehmen müssen

Bei der Zahl der Kinder im Kindergartenalter dürfte der größte Rückgang bis 2015 zu verzeichnen sein, bei der Zahl der Kinder im Grundschulalter bis etwa 2018. Danach ist für einige Jahre mit einer ungefähr gleichbleibenden Kinderzahl zu rechnen, bevor ab 2025 wieder eine Phase des Rückgangs einsetzt. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von zehn bis unter 16 Jahren wird bis dahin gegenüber 2006 voraussichtlich um etwa 37 % abnehmen. Die Zahl der 16- bis unter 20-Jährigen stieg zwar zunächst noch bis 2007 an. Im Anschluss daran ist aber bis 2050 ein Rückgang zu erwarten. In den Landkreisen Waldshut, Heidenheim und Sigmaringen könnte die Einwohnerzahl in der Altersgruppe bis 20 Jahre bis 2025 um mehr als ein Viertel sinken. Der Landesdurchschnitt liegt bei 20 %. Dagegen sind in den kreisfreien Städten – mit Ausnahme von Mannheim – zum Teil deutlich unterdurchschnittliche Rückgänge in dieser Altersgruppe zu verzeichnen.

Höhere Bildung vermindert Risiko der Erwerbslosigkeit; Frauen haben bei der Bildung stark aufgeholt

Ein höheres Bildungsniveau steigert die Chancen einen Arbeitsplatz zu finden. Entsprechend den Ergebnissen des Mikrozensus konnten unter den Erwerbstätigen im Jahr 2006 rund 29 % eine Studienberechtigung und knapp 31 % einen mittleren Abschluss vorweisen. Von den Erwerbslosen verfügten nur etwa 17 % über eine Studienberechtigung und 22 % über einen mittleren Abschluss. Dagegen besaßen mit annähernd 54 % mehr als die Hälfte der Erwerbslosen den Hauptschulabschluss. Der Anteil von Personen ohne Schulabschluss war unter den Erwerbslosen mit gut 7 % annähernd dreimal so hoch wie unter den Erwerbstätigen. Insgesamt weist die Bevölkerung Baden-Württembergs heute im Durchschnitt einen deutlich höheren formalen Bildungsstand auf als in früheren Jahrzehnten. Insbesondere Frauen haben auf dem Gebiet

der Bildung stark aufgeholt. In der Altersgruppe der heute 60- bis unter 70-Jährigen haben noch mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben. Bei den 20- bis unter 30-Jährigen dagegen liegen Frauen und Männer mit 41 % bzw. 40 % nahezu gleichauf.

Vorschulische Einrichtungen

93 % der drei- bis sechsjährigen Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung; fast in jeder fünften Familie ist Deutsch nicht die vorrangige Sprache; pädagogisches Personal fast ausschließlich weiblich

93 % der Drei- bis Sechsjährigen besuchten im Jahr 2006 eine Kindertageseinrichtung. Während bei den Dreijährigen rund 11 % keine Tageseinrichtung besuchen, trifft dies bei den Vier- und Fünfjährigen nur noch auf rund 5 % dieser Kinder zu. Im Landesdurchschnitt wird bei rund 19 % der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder in der Familie nicht vorrangig deutsch gesprochen. Dabei zeigen sich deutliche regionale Unterschiede: Hohe Anteile erreichen vor allem die Stadtkreise, zum Beispiel Heilbronn, Stuttgart und Pforzheim mit jeweils über 36 %, während niedrige Anteile vorwiegend in ländlichen Kreisen verzeichnet werden. Beim pädagogischen Personal in Kindertageseinrichtungen beträgt der Frauenanteil fast 98 %. Mehr als 40 % der Beschäftigten sind zwischen 40 und 55 Jahre alt.

Allgemein bildende Schulen

Mehr Rückstellungen und weniger Früheinschulungen seit der Änderung der Stichtagsregelung; im Landesdurchschnitt rund 22 Grundschüler je Klasse; Übergänge auf Gymnasien nahmen nochmals leicht zu

Bereits zum Schuljahr 2005/06 war der Einschulungstichtag um einen Monat auf den 31.07.2005 verlegt worden, 2006/07 dann auf den 31.08.2006. Von den rund 104 000 erstmals schulpflichtigen Kindern wurden im Jahr 2006 fast 9 % zurückgestellt, nach gut 7 % im Jahr 2005. Auch der Anteil der früh eingeschulter Kinder ist seit der Erweiterung der Schulpflicht (erwartungsgemäß) rückläufig. Während er von

1994 an über zehn Jahre kontinuierlich zugenommen hatte, fiel er 2005 auf 9 % und 2006 auf 6 %. Damit ist der langjährige Trend zur Früheinschulung gebrochen. Bei den Einschulungen gab es deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen; nur knapp 5 % der Jungen waren früh eingeschult worden, im Gegensatz zu gut 7 % der Mädchen. Seit 1998/99 sinken die Schülerzahlen an den Grundschulen. Im Schuljahr 2006/07 verfügte Baden-Württemberg über 2 552 Grundschulen mit 447 796 Schülern. Die durchschnittliche Klassengröße lag bei 21,9 Schülern je Klasse. Bei den Übergängen auf weiterführende Schulen haben die Gymnasien nochmals leicht zugelegt, die Hauptschulen dagegen weiter Anteile verloren. Landesweit wechselten zum Schuljahr 2006/07 38 % der Viertklässler auf ein Gymnasium, 33 % auf eine Realschule und 28 % auf eine Hauptschule.

Abnehmender Trend der Schülerzahlen an Hauptschulen; viele relativ kleine Hauptschulen; etwa jeder Sechste nutzt das freiwillige 10. Schuljahr an Hauptschulen (Werkrealschule)

An den insgesamt 1 226 Hauptschulen wurden 182 988 Schüler gezählt. Hier geht die Zahl der Schüler seit dem Schuljahr 2002/03 ständig zurück. Im Schuljahr 2006/07 wurden an 283 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Der größte Teil der öffentlichen Hauptschulen – 610 – hatte zwischen 85 und 200 Schüler. Lediglich an 14 öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den 1 226 Hauptschulen haben 359 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 891 Schülern besucht wurde. Damit waren etwa 16 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Stufe gewechselt und strebten den mittleren Abschluss an. Von den männlichen Neuntklässlern wechselten 14 %, von den weiblichen mehr als 17 % in die 10. Klassenstufe.

Der Höhepunkt der Schülerzahlen an Realschulen ist überschritten; im Mittel waren knapp 28 Schüler in den Klassen; ein Viertel der Realschüler wählte eine zweite Fremdsprache

An den 472 Realschulen des Landes wurden im Schuljahr 2006/07 insgesamt 244 836 Schü-

ler unterrichtet. Damit blieb die Schülerzahl fast genau auf dem Niveau des Vorjahres. Seit dem Schuljahr 2004/05, in dem mit 247 564 Realschülern ein relativer Höchststand erreicht wurde, ist demografisch bedingt ein rückläufiger Trend der Schülerzahlen zu beobachten. Gut ein Viertel der Realschüler hatte sich für die zweite Fremdsprache als Wahlpflichtfach entschieden. Bei der Entscheidung für ein Wahlpflichtfach sind eindeutige geschlechtsspezifische Muster erkennbar. Eine zweite Fremdsprache zu wählen, ist unter den Schülerinnen beliebter als unter den Schülern. Gut 58 % der Schülerinnen wählten „Mensch und Umwelt“, 71 % ihrer männlichen Mitschüler dagegen das Fach „Technik“.

Seit Beginn der 1990er-Jahre deutlich steigende Schülerzahlen an Gymnasien; seit 1984/85 mehr Mädchen als Jungen an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 wuchs die Schülerzahl der 436 Gymnasien im Land um knapp 4 900 auf 333 322 an. Damit setzte sich der seit Beginn der 1990er-Jahre zu beobachtende Trend steigender Schülerzahlen fort. Die durchschnittliche Klassengröße lag bei 27,5 Schülern. Die bislang höchste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 verzeichnet, als die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre unterrichtet wurden. Landesweit erhöhte sich die Zahl der Gymnasiasten seit dem Schuljahr 2000/01 um fast 14 %. Im Schuljahr 2006/07 besuchten deutlich mehr Schülerinnen als Schüler die Gymnasien des Landes. Sie hatten damit einen Anteil von knapp 53 % an der Schülerschaft. Seit Beginn der 1960er-Jahre bis etwa zur Jahrtausendwende nahm der Mädchenanteil am Gymnasium von damals rund 38 % auf über 53 % beständig zu.

Relativ geringe Klassenstärken an Sonderschulen; gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen in Außenklassen

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 54 227 Schüler eine der rund 580 Sonderschulen. Dabei waren durchschnittlich 8,4 Schüler in einer Sonderschulklasse. Die Schüler-Klassen-Relation unterschied sich zwischen den einzelnen Schultypen erheblich. An den Schulen für Blinde und an den

Schulen für Geistigbehinderte waren die Klassenstärken mit im Schnitt 5,7 bzw. 6,1 Schülern pro Klasse am geringsten. Die durchschnittlich größten Klassen gab es an den Förderschulen und an den Schulen für Sprachbehinderte mit 10,5 bzw. 11,0 Schülern pro Klasse. Sowohl die Zahl der kooperierenden Sonder- und allgemeinen Partnerschulen als auch die Zahl der Außenklassen und der in ihnen geförderten Sonderschüler hat zugenommen. Im Schuljahr 2006/07 meldeten 99 Sonderschulen eine solche Kooperation (Vorjahre: 96 und 92). Insgesamt 1 484 Sonderschüler wurden an 194 Partnerschulen unterrichtet.

Seit 2000 stärkerer Ausbau der Ganztagschulen; Programm „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“

Im Schuljahr 2001/02 gab es 378 Ganztagschulen mit 70 145 Schülern. Vier Jahre später stieg die Zahl im Schuljahr 2005/06 auf insgesamt 602 Ganztagschulen, davon 451 öffentliche und 151 Ganztagschulen in privater Trägerschaft. Die Zahl der Schüler verdoppelte sich nahezu auf 134 991. Ziel des im Februar 2006 beschlossenen Programms der Landesregierung „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“ ist es, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen. Nach der ersten Antragsrunde zeigt sich, dass die Zahl der Ganztagschulen im Schuljahr 2007/08 auf über 800 gestiegen ist.

Hoher Anteil von Ausländern und Aussiedlern an Hauptschulen, niedriger an Gymnasien; deutliche Unterschiede im Schulbesuchverhalten zwischen den Nationalitäten

Im Schuljahr 2006/07 entsprach der Ausländeranteil an den Grundschulen mit 13 % in etwa dem der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Weitere 2 % der Schüler stammten aus Aussiedlerfamilien. An Hauptschulen waren fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler. Die Vergleichswerte an Realschulen und Gymnasien waren dagegen mit etwas mehr als 9 % bzw. 5 % deutlich geringer. Mit fast 25 % wiesen die Sonderschulen einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf. Die Verteilungsmuster von ausländischen Schülern und solchen aus Aussiedlerfamili-

en unterschieden sich nur geringfügig. Türkische und italienische Schüler besuchten wesentlich seltener ein Gymnasium als eine andere weiterführende Schule. Ähnliches galt auch für Schüler aus Serbien-Montenegro. Dagegen wurden kroatische und griechische Schüler relativ häufig an einem Gymnasium unterrichtet. So war etwa jeder vierte kroatische Schüler Gymnasiast.

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025: fast 23 % weniger Schüler an allgemein bildenden Schulen; starker Rückgang an Hauptschulen; Stadt- und Landkreise sind unterschiedlich betroffen

Im Jahr 2025 werden voraussichtlich nur noch etwas weniger als eine Million Schüler die allgemein bildenden Schulen besuchen; gegenüber dem Schuljahr 2006/07 sind das fast 23 % weniger. Die einzelnen Schularten sowie die Stadt- und Landkreise sind dabei unterschiedlich betroffen. Beim Grundschulbesuch liegt dieser Wert um etwa 20 % niedriger, bei den Hauptschulen um nahezu ein Drittel. Bei den Realschulen werden etwa 21 % und bei den Gymnasien knapp ein Viertel weniger Schüler als im Schuljahr 2006/07 erwartet. Für die Entwicklung bis zum Schuljahr 2015/16 wurde eine Regionalisierung der Landesergebnisse durchgeführt. Die Zahl der Schüler wird bis dahin in allen der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs stetig zurückgehen – bei allerdings großen regionalen Unterschieden. Insgesamt fällt auf, dass insbesondere in ländlich geprägten Landkreisen der Rückgang am deutlichsten sein wird.

Berufliche Schulen

Höchste Schülerzahl an beruflichen Schulen seit zwanzig Jahren; etwa die Hälfte der Schüler an beruflichen Schulen besucht eine Berufsschule; schulische Berufsausbildung als Ergänzung des dualen Systems

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg insgesamt 417 571 Schüler unterrichtet. Nach gut 20 Jahren wurde hier erneut ein Höchststand erreicht. Damals – im Schuljahr 1984/85 – lag die Schülerzahl bei 447 838. Seit Mitte der 1980er-Jahre ging die Schülerzahl um über 20 % zurück und erreichte im Schuljahr 1995/96 mit rund 354 900 einen

Tiefpunkt, um dann wieder kontinuierlich auf den heutigen Wert anzusteigen. Mit 202 595 Schülern wurde rund die Hälfte von allen Schülern 2006/07 an einer „klassischen“ Teilzeit-Berufsschule unterrichtet, wo in Kooperation mit dem Ausbildungsbetrieb ein gemäß Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung anerkannter Berufsabschluss erworben wird (duales System). Vor 20 Jahren befanden sich noch rund zwei Drittel der Schülerschaft an einer Berufsschule, im Schuljahr 1970/71 waren es sogar noch drei Viertel. Eine Alternative zur Ausbildung in einem Ausbildungsberuf im dualen System ist die vollzeitschulische Ausbildung. Während die Zahl der Auszubildenden im dualen System gesunken ist, stieg die Zahl der Schüler in berufsqualifizierenden schulischen Bildungsgängen innerhalb der letzten fünfzehn Jahre deutlich an. Im Schuljahr 2006/07 nutzten 54 122 Schüler diese Möglichkeit der schulischen Berufsausbildung.

Kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahl im Berufsvorbereitungsjahr; viele nutzen die Gelegenheit, den Hauptschulabschluss nachzuholen; gezielte Förderung von Hauptschulabsolventen im Berufseinstiegsjahr

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 12 338 Jugendliche das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Das sind fast 1 200 Schüler weniger als im Vorjahr, womit der Anstieg der letzten Jahre beendet wurde. Die Ursache für den deutlichen Rückgang im Schuljahr 2006/07 ist vor allem in der Einführung des Berufseinstiegsjahres (BEJ) zu sehen, welches von rund 950 Jugendlichen besucht wurde. Aber auch der Anstieg der Schülerzahl an Berufsschulen, der eine Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt signalisiert, dürfte hierbei eine Rolle spielen. Im Jahr 2006 konnten mehr als drei Viertel der 13 400 Abgänger das BVJ erfolgreich beenden. Gut 4 000 Absolventen des BVJ bestanden die Zusatzprüfung zum Erwerb des Hauptschulabschlusses. Das waren über 75 % der Jugendlichen, die das BVJ ohne Hauptschulabschluss begonnen hatten. Das Berufseinstiegsjahr (BEJ) wurde im Schuljahr 2006/07 eingeführt; es ist ein Angebot für berufsschulpflichtige Jugendliche mit Hauptschulabschluss, die keine Lehrstelle erhalten haben und keine andere Schule besuchen. Das BEJ soll sukzessive ausgebaut werden.

Fachschulreife an zweijähriger Berufsfachschule stark gefragt; Schülerzahl auf einem neuen Höhepunkt; Ausländeranteil ist überdurchschnittlich

Knapp die Hälfte der Berufsfachschüler besuchte im Schuljahr 2006/07 die zweijährige Berufsfachschule zum Erwerb der Fachschulreife mit dem Ziel, den mittleren Bildungsabschluss zu erwerben. Mit 31 977 Schülern wurde nach gut 20 Jahren ein neuer Höchststand erreicht. Rund jeder sechste Schüler der 2BFS hatte keine deutsche Staatsbürgerschaft, das ist mehr als der Gesamtdurchschnitt an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch schon während der letzten 15 Jahre nutzten erfolgreiche Hauptschulabsolventen ohne deutschen Pass verstärkt die Möglichkeit, den mittleren Abschluss an einer Berufsfachschule nachzuholen. In diesem Zeitraum lagen die Anteile zwischen 15 und 18 % und waren damit durchweg überdurchschnittlich.

Schülerzahlen an Berufskollegs auf Höchstniveau; Schulversuch „Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen“

Die Berufskollegs in Baden-Württemberg stellen eine Besonderheit im deutschen Bildungswesen dar. Innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die Schülerzahl an den Berufskollegs nahezu verdoppelt. Sie lag im Schuljahr 2006/07 bei 55 550. Eine Sonderstellung nehmen die Berufskollegs zum Erwerb der Fachhochschulreife (BKFH) ein. Das Ziel dieser Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ist ausschließlich der Erwerb der Fachhochschulreife. Im Schuljahr 2006/07 besuchen 6 671 Teilnehmer die BKFH. Im Schulversuch „Berufskolleg – Verzahnung mit dualen Ausbildungsberufen“ werden in zwei Jahren die theoretischen Ausbildungsinhalte ausgewählter Ausbildungsberufe vollständig vermittelt. Diese berufsqualifizierende Ausrichtung des Berufskollegs ermöglicht die Anrechnung der Schulzeiten auf eine anschließende duale Ausbildung.

Berufliche Gymnasien verzeichnen weiterhin stetigen Schülerzuwachs; Wirtschaftsgymnasien am häufigsten besucht

Auch wenn die Zunahme der Schülerzahl in den letzten Jahren nicht mehr die frühere Dynamik

aufweisen konnte, verzeichneten die beruflichen Gymnasien dennoch einen stetigen Zuwachs. Im Schuljahr 2006/07 strebten dort gut 45 837 Jugendliche das Abitur an, das sind 1 384 Schüler mehr als im Schuljahr zuvor. Über die Hälfte der 45 837 Schüler dieser Schulart besuchte ein Wirtschaftsgymnasium. Seit dem Schuljahr 2000/01 stellen an den beruflichen Gymnasien insgesamt die weiblichen Schüler die Mehrzahl. Mit knapp 72 % kam die deutliche Mehrheit der Schüler der Eingangsklassen 2006/07 von einer Realschule.

Hoher Ausländeranteil am BVJ – geringer Ausländeranteil an beruflichen Gymnasien

Rund 11 % der Schüler an den beruflichen Schulen des Landes hatten im Schuljahr 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Damit war der Anteil von Ausländern an der Schülerschaft der beruflichen Schulen niedriger, als nach ihrem Bevölkerungsanteil zu erwarten wäre. Den höchsten Ausländeranteil weist das Berufsvorbereitungsjahr auf. Hier besitzt fast jeder dritte Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. An beruflichen Gymnasien sind jugendliche Ausländer und Aussiedler nur relativ gering vertreten, hier ist einer von 13 Schülern Ausländer oder Aussiedler. Beim Schulbesuch ausländischer Schüler an beruflichen Schulen sind in vielen Bereichen Parallelen zu den allgemein bildenden Schulen festzustellen.

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen bis 2025: Höhepunkt der Schülerzahl im Schuljahr 2008/09 mit knapp über 400 000 Schülern, danach Rückgang bis 2025 auf rund 300 000 Schüler

Da die Entwicklung der Schülerzahl an beruflichen Schulen nicht nur demografisch, sondern auch konjunkturell beeinflusst wird, sind hier Vorausschnungen mit einer größeren Unsicherheit behaftet als bei allgemein bildenden Schulen. Bis zum Schuljahr 2008/09 wird die Gesamtschülerzahl auf etwa 407 000 ansteigen. Bis 2025 ist wieder mit einem Rückgang der Schülerzahl auf rund 300 000 zu rechnen. Bei den beruflichen Vollzeit-Schulen ist damit zu rechnen, dass um das Jahr 2010 mehr Jugendliche an Berufskollegs als an Berufsfachschulen unterrichtet werden. Bei den beruflichen Gymnasien ist bis 2008/09 ein weiterer Anstieg der Schülerzahl auf 48 200 möglich. Demografisch bedingt ist danach ein Rückgang zu erwarten.

Abschlüsse

Mittlerer Abschluss ist die häufigste Abschlussart; fast jeder zweite Abgänger des Absolventenjahrgangs 2006 erwarb eine Hochschulzugangsberechtigung; fast ein Drittel der Abgänger ohne Abschluss waren Ausländer

Rund 40 % der Absolventen der allgemein bildenden Schulen im Jahr 2006 verließen die Schule mit einem mittleren Bildungsabschluss, bei den Absolventen der beruflichen Schulen waren dies fast 30 %. Mit rund 6 % Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss wurde der seit Jahren niedrigste Wert im Bereich der allgemein bildenden Schulen erreicht. Fast jeder zweite Abgänger hatte mit der Fachhoch- oder der Hochschulreife eine Studienberechtigung erworben. Die Fachhochschulreife wurde dabei überwiegend im beruflichen Schulwesen erlangt. Der Hauptschulabschluss ist derjenige Abschluss, den die meisten ausländischen Jugendlichen erreichen. Etwa zwei Drittel eines Altersjahrgangs erhalten ein entsprechendes Abschlusszeugnis. Groß ist der Unterschied bei der Hochschulreife: Während 38% der deutschen Schüler eines Jahrgangs das Abiturzeugnis erwerben, sind dies bei ausländischen Schülern lediglich 7%.

Voraussichtliche Entwicklung der Schulabgängerzahlen bis 2025: Herausragendes Ereignis der kommenden Jahre ist der Abiturientenjahrgang 2012; Studienberechtigtenquote steigt über gesamten Vorausrechnungszeitraum

Im Jahr 2012 geht der letzte Schülerjahrgang des neunjährigen gleichzeitig mit dem ersten umfassenden Jahrgang des achtjährigen Gymnasialbildungsgangs in die Abiturprüfung. Zusammen mit den Absolventen der beruflichen Gymnasien dürften in diesem Jahr 71 100 Jugendliche die Hochschulreife erwerben (Stand 2006: 41 719). Der Anteil eines Altersjahrgangs, der eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt, wird weiter ansteigen. Die Studienberechtigtenquote lag Mitte der 90er-Jahre bei knapp 35 %, bis 2006 war sie auf knapp 46 % angestiegen. Ab 2011 dürfte sie die 50 %-Marke überschreiten. Das bedeutet, mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs würde die Hochschul- oder Fachhoch-

schulreife erwerben. Bis 2015 könnte sie weiter bis auf rund 53 % ansteigen.

TOSCA-Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung

Große Leistungsunterschiede zwischen den baden-württembergischen und Hamburger Abiturienten in Mathematik; berufliche Gymnasien eröffnen zusätzliche Möglichkeit für Schüler mit einer weniger günstigen sozialen Herkunft auf Hochschulreife

Beim Vergleich der Mathematikleistungen beläuft sich der Mittelwert in der Bundesrepublik Deutschland (ohne Baden-Württemberg) auf 454 Punkte. In TOSCA erzielten die Abiturienten aus Baden-Württemberg im Mittel 484 Punkte, während die Abiturienten aus Hamburg im Mittel 406 Punkte erreichten; der Unterschied entspricht dem typischen Lernfortschritt von deutlich über einem Schuljahr. Bei den Englischleistungen liegt der Gesamtmittelwert in Hamburg etwas niedriger als in Baden-Württemberg. Die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg tragen zum Chancenausgleich bei, indem sie auch Schüler zum Abitur führen, die im Vergleich zur Schülerschaft der traditionellen Gymnasien eine weniger günstige soziale Herkunft aufweisen. Schüler mit Migrationshintergrund besuchen am häufigsten das Wirtschaftsgymnasium und das Sozialpädagogische Gymnasium, wohingegen der geringste Anteil von Abiturienten mit Migrationshintergrund auf dem allgemein bildenden Gymnasium sowie dem agrarwissenschaftlichen Gymnasium anzutreffen ist.

Lehrpersonal an öffentlichen Schulen

Anteil der Lehrerinnen an allgemein bildenden Schulen wird immer größer; auch an beruflichen Schulen deutlicher Anstieg des Lehrerinnenanteils

Die Grund- und Hauptschulen weisen mit 73 % den höchsten Lehrerinnenanteil unter den allgemein bildenden Schularten auf. Bei den Realschulen lag der Frauenanteil mit 58 % deutlich unter diesem Wert. An den öffentlichen Gymnasien unterrichteten im Schuljahr 2006/07 erstmals mehr Lehrerinnen als Lehrer. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte ist hier mit knapp 50 Jahren am höchsten. Im Durchschnitt wird

fast ein Drittel der Lehrkräfte an öffentlichen allgemein bildenden Schulen in den kommenden zehn Jahren pensioniert. Im Verlauf der letzten 15 Jahre erhöhte sich der Frauenanteil am Lehrpersonal an den öffentlichen beruflichen Schulen von 29 % auf knapp 40 %. Das Durchschnittsalter der Lehrkräfte liegt dort bei 49 Jahren.

Lehrerbildung auf Höchstniveau; über 20 000 Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen an der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen

Im Jahr 2007 wurde mit insgesamt 11 475 Seminarteilnehmern eine neue Rekordmarke im Bereich der Lehrerbildung erreicht. Besonders stark war der Anstieg bei den angehenden Realschullehrkräften. Drei Viertel der Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst waren Frauen. An den Grund- und Hauptschulen bilden männliche Pädagogen mit einem Anteil von 8 % eher die Ausnahme. An den 1 084 angebotenen Fortbildungsveranstaltungen der Landesakademie nahmen 21 450 Lehrkräfte teil. Dies entspricht einer Durchschnittsbelegung von rund 20 Teilnehmern pro Veranstaltung. Die stärkste Gruppe aller Akademieteilnehmer waren zwar mit 38 % die über 50-Jährigen; im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Lehrerschaft insgesamt waren sie jedoch eher unterproportional an den Lehrgängen beteiligt.

Qualitätsentwicklung

Diagnose- und Vergleichsarbeiten: Deutliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen

Seit dem Schuljahr 2005/06 sind Schulen verpflichtet, in ausgewählten, schulartspezifischen Fächern bzw. Fächerverbänden an den Grundschulen unbenotete *Diagnosearbeiten* und an den Haupt- und Realschulen sowie an den Gymnasien als zusätzliche Klassenarbeiten benotete *Vergleichsarbeiten* zu schreiben. Sie sind als Instrumente der schulinternen Selbstevaluation ausgelegt. Die ersten Ergebnisse zeigen die durch anderweitige Erhebungen auch bekannten Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen: In Deutsch erzielten die Mädchen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt bessere Leistungen als die Jungen; in Mathematik erreich-

ten Jungen bei den Vergleichsarbeiten 2006 im Schnitt bessere Ergebnisse als Mädchen, und zwar jeweils unabhängig von der Schulart.

Selbst- und Fremdevaluation als zentrale Elemente der Qualitätsentwicklung an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Die Evaluation an allgemein bildenden Schulen besteht einerseits aus einer kontinuierlichen Selbstevaluation und andererseits aus einer regelmäßig durchgeführten Fremdevaluation. Für diese Ausgabe der Bildungsberichterstattung standen lediglich Daten aus der Pilotphase der Fremdevaluation zur Verfügung. Besonders die

Lernumgebung und das Schulleben, aber auch die konkrete Unterrichtstätigkeit wie die Gestaltung der Lehr- und Lernprozesse und die Förderung der fachlichen und überfachlichen Leistungen der Schüler wurden von den Schulen häufig zur Evaluation ausgewählt.

Die Fremdevaluation an beruflichen Schulen im Rahmen des Modellvorhabens „Operativ eigenständige Schule“ (OES) begutachtet die Ergebnisse der schulinternen Selbstevaluationen und die daraus abgeleiteten Maßnahmen. Auch hier standen bislang nur Daten aus dem Modellvorhaben zur Verfügung, zu dem sich besonders motivierte Schulen auf freiwilliger Basis gemeldet hatten.